

Für Augenmass bei Verkehrskonzept

Parlament unterstützt Vorstösse, die fürs Gewerbe längere Zufahrt zur Innenstadt fordern

Von Martin Regenass

Basel. Die SP-Fraktion legte gestern kompromisslos ihre Haltung gegenüber den sechs parlamentarischen Vorstössen dar. Diese verlangen gewerbefreundlichere Bestimmungen für die Zufahrten ausserhalb der Lieferzeiten in die autofreie Innenstadt. SP-Grossrätin Dominique König-Lüdin: «Sämtliche Vorstösse sind rechtlich nicht zulässig. Der Grosse Rat hat mit Veränderungen am Verkehrskonzept nichts zu tun.» Dafür sei die Verwaltung zuständig.

Der anwesende Vorsteher des für die Umsetzung verantwortlichen Justiz- und Sicherheitsdepartements (JSD), Baschi Dürr (FDP), verdrehte ob solcher Aussagen die Augen. Er weiss genau, dass seine Kaderleute im JSD keinen Millimeter von den in der Verordnung geschriebenen Vorgaben abweichen.

Theoretisch wäre es zwar möglich gewesen, dass die Verwaltung Augenmass anwendet. «Das restriktive Regime bei der Zuteilung der Ausnahmebewilligungen hat aber gezeigt, dass dies nicht geschieht», sagt Gabriel Barel, Direktor des Gewerbeverbands Basel-Stadt. Auf Härtefälle werde keine Rücksicht genommen. So zum Beispiel auf das Blumengeschäft, das nachmittags bis um vier Uhr Bestellungen entgegennimmt und diese noch bis am Abend abliefern muss. Die Beamten des JSD blockierten am



Grosser Rat

Berichterstattung aus dem Rathaus

Tisch im letz-

ten Herbst eine Lösung für den Floristen – er dürfe nur bis elf Uhr einfahren. Grossräte verschiedenster Lager lancierten ob dieses und anderer Beispiele zusammen mit dem Gewerbeverband Vorstösse, die eine Lockerung des Zufahrtsregimes fordern.

Ausserhalb der fixen Zeiten

Die Motion von Pasqualine Gallachi (CVP) für eine Ausweitung der Anlieferzeiten wurde bereits in der März-sitzung zur Überprüfung an die Regierung überwiesen. Gestern nun stimmte der Grosse Rat auch fünf weiteren Vorstössen zu. Den Anfang machte eine Motion von Martina Bernasconi (GLP). Sie verlangt, dass gewisse Produktionsbetriebe auch ausserhalb – der noch nicht fixen – Anlieferzeiten in die Innenstadt fahren können. Auch hier regte sich Widerstand der SP, personifiziert in Tanja Soland. Die Motion gefährde das ganze Konzept, da es faktisch die Fussgängerzone ausheble.

Joël Thüring (SVP) sieht Sinn in der Motion. «Gewisse Gewerbetreibende in der Stadt müssen zu ihren Geschäften auch ausserhalb der festgesetzten Zeiten Zugang haben.» Zwar betreibe Soland eine Anwaltskanzlei in der Innenstadt, dort werde aber ausser Buchstaben nichts produziert. «Wären Sie Blumenhändlerin und müssten ausliefern, Frau Soland, würden Sie anders daherreden», sagte Thüring. Die Motion wurde nach hitziger Diskussion mit 47 Ja- zu 39 Nein-Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen.

Ebenso soll der Regierungsrat prüfen, ob die geplanten versenkbaren Poller schneller realisiert werden können. Dies fordert ein Anzug von Heiner Vi-



Lockerungen für Lieferfirmen. Manche Geschäfte in der Innenstadt brauchen auch nach 11 Uhr noch Zufahrtsmöglichkeiten. Foto Kostas Maros

scher (LDP), der deutlich, mit 63 zu 20 bei fünf Enthaltungen, angenommen wurde.

Gar stillschweigend überwiesen hat der Grosse Rat einen Anzug von Andreas Zappalà (FDP). Dieser fordert seitens der Verwaltung ein einfacheres und günstigeres System bei der Vergabe von Ausnahmebewilligungen.

Knapp zugestimmt haben die Volkvertreter einem Vorstoss von Joël Thüring. Dieser fordert die Einführung einer Plakette für Notfalldienste wie Liftmonteure oder Schlüsseldienste – 42 Ja- zu 41-Nein-Stimmen bei vier Enthaltungen. Auch der Anzug von Christine Wirz (LDP) mit der Forde-

rung nach mehr Behindertenparkplätzen wurde an die Regierung überwiesen. Einzig die Motion von Mirjam Ballmer (GB), die ein privatwirtschaftliches City-Logistik-Modell forderte, lehnte der Rat mit 47 zu 36 Stimmen bei fünf Enthaltungen ab.

Für den Gewerbeverband und die Gewerbetreibenden in der Innenstadt sind es gute Nachrichten. Barel: «Wir erwarten jetzt, dass der Regierungsrat und die zuständigen Behörden diesen klaren Auftrag des Parlaments ernst nehmen und die in den Vorstössen formulierten Anliegen ohne weitere Verzögerung erfüllen – mit Augenmass und gesundem Menschenverstand.»